

Apropos 24:

Warum Milosevic verschwinden musste

Werden wir richtig informiert? Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden.

Mangelnde Sorgfalt und Umsicht

So verhielten sich (fast) alle Medien äußerst merkwürdig beim plötzlichen Tod des früheren jugoslawischen Staatspräsidenten Slobodan Milosevic im Kriegsverbrechergefängnis in Den Haag. Gewiss, es gibt keinen vernünftigen Zweifel, dass Milosevic mutmaßlich ein Kriegsverbrecher war und auch als solcher verurteilt worden wäre, wenn der Prozess hätte zu Ende geführt werden können. Aber: Das UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ist als befristetes Sondergericht eingesetzt worden, das weltweit ein Beispiel für heutige Menschenrechtsstandards geben soll. Man muss deshalb erwarten, dass alle Akteure mit ganz besonderer Sorgfalt und Umsicht vorgehen. Das war – zumindest bei den Begleitumständen – offensichtlich nicht der Fall: Laut dem Belgrader Radiosender B92 (zu Zeiten des Diktators in Opposition zum Regime) «war Milosevic bereits mehrere Stunden tot, als er gefunden wurde»¹ – obwohl die Gefängnisordnung vorschreibt, dass die Zellen der Häftlinge «jede halbe Stunde von einem Aufseher kontrolliert» werden.² Falls diese Meldung nicht stimmt, hätte die Sorgfalt geboten, dass sie die Verantwortlichen sofort dementiert hätten. Bedeutet das Schweigen aber eine Bestätigung der Meldung, so hätte die Umsicht eine sofortige Erklärung erfordert. Nun bleibt beim Beobachter Verunsicherung und ein schales Gefühl zurück.

«Milosevic hätte gerettet werden können»

Schlimmer ist aber die eigentliche Medizingeschichte: Russische Ärzte haben «grobe Fehler» ihrer niederländischen Kollegen bei der Behandlung von Milosevic kritisiert. Zwar hat der Direktor des russischen Forschungszentrums für Herz- und Gefäßchirurgie «Bakulew» in Moskau, Akademiemitglied Leo Bokerija, die Obduktionsergebnisse, wonach der Ex-Präsident Jugoslawiens an einem Herzinfarkt gestorben ist, und – laut Nachrichtenagentur RIA Novosti – auch das Gutachten der niederländischen Mediziner akzeptiert, «weil es begründet und sehr gut abgefasst ist»³. Aber der «führende rus-

sische Herzspezialist» hielt auch fest, «Milosevic hätte durch eine Operation gerettet werden können». Er sei «nur gegen offen zu Tage tretende Symptome wie Bluthochdruck behandelt worden». «Dabei sei bei dem Patienten eine Arterie an zwei Stellen defekt gewesen». Da «hätten zwei Koronar-Stents (Gefäßprothesen) gesetzt werden können, und dann hätte er noch lange Jahre gelebt».⁴ Sorgfalt und Umsicht hätten nun eine eindeutige und rasche Stellungnahme der Verantwortlichen in Den Haag erfordert. Die blieb aber aus. Zwei Tage später teilte der Präsident des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag – unter Berufung auf die «vorläufigen Ergebnisse» – lediglich mit: «Es wurden keine Hinweise auf Vergiftung gefunden». Es seien «Spuren mehrerer verordneter Medikamente festgestellt worden, aber nicht in giftigen Konzentrationen»⁵. Nochmals fast drei Wochen später teilte die Staatsanwaltschaft in Den Haag das «endgültige Ergebnis der gerichtsmedizinischen Untersuchung» mit: Milosevic sei «eines natürlichen Todes gestorben», es gebe «keinen einzigen Hinweis auf ein Verbrechen»⁶. Der Vorwurf des russischen Spezialisten, das Leben des Häftlings hätte relativ problemlos gerettet werden können, blieb unkommentiert – was sich auf die Glaubwürdigkeit des Strafgerichtshofs fatal auswirken wird. Aufschlussreich ist auch, dass offenbar kein Medium versucht hat, Licht in dieses Dunkel zu bringen. Gewiss, kaum jemand wird Milosevic eine Träne nachweinen, aber dennoch müsste es doch Konsens sein, dass auch Bösewichte menschenwürdig behandelt werden. Oder liegt es daran, dass die meisten Medien der Desinformation – vor allem der damaligen amerikanischen und deutschen Regierungen – erlegen sind, der Krieg der NATO gegen Jugoslawien sei «aus humanitären Gründen» nötig gewesen? Und immer noch nicht zum Eingeständnis bereit sind, dass dem nicht so war?

Völkerrechtsbruch der NATO

Noch heute ist den vielen Beobachtern nicht klar, was Prof. Dieter S. Lutz, Direktor des Instituts für Friedens- und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, bereits im Jahr 2000 festgehalten hat: «Die NATO (...) hat sich im Kosovo-Konflikt sehenden Auges zum Instrument der UCK (der kosovo-albanischen Untergrundarmee. B.B.) machen lassen. Aus der Perspektive der Charta der Vereinten Nationen war es ein Völkerrechtsbruch mit unabsehbaren Folgen für die künftige Entwicklung der internationalen Ordnung. Aus der Sicht des (deutschen.

B.B.) Grundgesetzes war es ein verfassungswidriger Angriffskrieg mit verheerenden Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit von Politik.»⁷ Lutz spricht auch davon, dass diesem Angriffskrieg ein «dreifacher Rechtsbruch» zugrunde liege: «der Bruch des Völkerrechts, des internationalen Vertragsrechts und des Verfassungsrechts»⁸.

Manipulationen des Westens

Dieter Lutz bringt das damalige Geschehen auf den Punkt: «Das Bild vom Kosovo-Konflikt ist vor allem durch die jugoslawische Unterdrückungspolitik seit 1989, durch die Manipulationen des Westens vor und während des NATO-Krieges sowie durch die Verbrechen an den Kosovo-Albanern nach dem Beginn der NATO-Luftangriffe im März 1999 geprägt. Durch die Manipulation der öffentlichen Meinung vor und während des NATO-Bombardements erscheint die Entwicklung gemeinhin als Abfolge einseitig von der jugoslawischen Seite ausgehender Gewalt und verbrecherischer Handlungen, die geradezu zwangsläufig zum Eingreifen der NATO führen mussten, damit noch Schlimmeres verhindert werde. Ganz so klar lagen die Dinge indes nicht. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Zeiten, in denen es Chancen zur Verständigung gegeben hätte. Sie wurden jedoch nicht genutzt. Das gilt insbesondere für den Herbst 1998. Diese Überlegungen sollen nicht darauf hinauslaufen, die Verbrechen der Serben an den Kosovo-Albanern in der Zeit vor dem Holbrooke-Milosevic-Abkommen vom Oktober 1998 und nach dem Beginn der NATO-Luftangriffe am 24. März 1999 zu verharmlosen oder zu entschuldigen. Der Punkt ist vielmehr dieser: Wenn die internationale Staatengemeinschaft, internationale Organisationen oder einzelne Staaten bereit sind, mit vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsbrechern Verträge und Vereinbarungen zu schließen – das Dayton-Abkommen oder das Holbrooke-Milosevic-Abkommen sind ebenso Beispiele dafür wie die entsprechenden Vereinbarungen mit Saddam Hussein – so sind danach alle Vertragspartner gleichermaßen verpflichtet, die Vereinbarungen auch einzuhalten.»⁷

«Luftkrieg der NATO hat mehr Probleme geschaffen als gelöst»

Lutz gibt auch zu bedenken: «Der Luftkrieg der NATO hat mehr Probleme geschaffen, mehr Fragen aufgeworfen als gelöst. (...) Es wäre eine groteske Lehre aus dem Balkan-Debakel, wenn sich Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern für ausgerechnet denjenigen Typ gewaltsamer Krisenintervention wappnen würde, der im Kosovo gerade spektakulär gescheitert ist. Die Luftangriffe vom Frühjahr 1999 haben Werte in Höhe

vieler Milliarden vernichtet – von den Opfern an Menschenleben ganz zu schweigen –, aber sie haben nicht einmal 20 jugoslawische Kampfpanzer zerstört. Drei Jahre zuvor, im Juni 1996, kamen die regionalen Rüstungskontrollverhandlungen der Dayton-Staaten zum Abschluss. Als Ergebnis der Übereinkunft, die wesentlich auf deutsche Initiative zurückging, hat die jugoslawische Armee 420 Panzer verschrotten müssen: das Zwanzigfache ihrer Verluste im Kosovo-Krieg. Zivile Krisenprävention unter Einschluss verhandelter und vereinbarter Abrüstung kann sehr viel überzeugendere Resultate erzielen als ein noch so aufwendiger Bombenkrieg.»⁸

Kritiker als Verschwörungstheoretiker diffamiert...

Lutz verweist auf den «Generalbericht» der Parlamentarischen Versammlung der NATO – einem von der NATO unabhängigen Gremium, das als Bindeglied zwischen dem Bündnis und den nationalen Parlamenten fungiert. Der Bericht trägt den Titel «Die Folgen des Kosovo-Konfliktes und seine Auswirkungen auf Konfliktprävention und Krisenmanagement» und ist – wie Lutz betont – «unbemerkt von den Medien» erschienen, obwohl er «eigentlich» «einen Aufschrei» hätte «provozieren müssen». Denn in diesem Bericht «wird erstmals das Versagen der westlichen Politiker im Kosovo-Konflikt offiziell eingestanden». Mit Blick auf die «Befreiungsorganisation» UCK der Kosovo-Albaner wird «unverblümt zugegeben, die UCK habe im Kosovo eine Verschärfung der Notlage angestrebt, um die Bevölkerung zum Aufstand für die Unabhängigkeit zu bewegen: So nutzte die UCK das Holbrooke-Milosevic-Abkommen als Atempause, um ihre Kräfte nach den Rückschlägen des Sommers zu verstärken und neu zu gruppieren. Die serbischen Repressionen ließen unter dem Einfluss der KVM (OSZE. B.B.) in der Zeit von Oktober bis Dezember 1998 nach. Dagegen fehlte es an effektiven Maßnahmen zur Eindämmung der UCK, die weiterhin in den USA und Westeuropa – insbesondere Deutschland und der Schweiz – Spenden sammeln, Rekruten werben und Waffen über die albanische Grenze schmuggeln konnte. So nahmen die Angriffe der UCK auf serbische Sicherheitskräfte und Zivilisten ab Dezember 1998 stark zu. Der Konflikt eskalierte neuerlich, um eine humanitäre Krise zu erzeugen, welche die NATO zur Intervention bewegen würde.» Nach diesem Bericht der Parlamentarier-Versammlung der NATO und entgegen offiziellen NATO-Darstellungen, insbesondere vor dem Krieg, waren also «nicht die Serben, sondern die UCK verantwortlich für die Konflikteskalation und die Erzeugung der Krise im Kosovo. (...) Kritiker, die sie [ihre Kritik. BB] bereits vor und während des Kosovo-Krieges artikulier-

ten, wurden als Verschwörungstheoretiker und Serbenfreunde bezeichnet.»⁷

Tod als Kollateralschaden: Wer trägt die Schuld?

Lutz fragt mit Recht weiter: «Und was ist mit all den Menschen, die als sogenannte Kollateralschäden ihr Leben verloren haben? Nimmt man das späte Geständnis der Parlamentarischen Versammlung der NATO ernst, wer trägt dann die Schuld für den Tod all der unschuldigen Menschen, die bei den NATO-Angriffen das Leben verloren? Wirklich der Dämon in Belgrad, wie uns die westlichen Demokraten glauben machten? Oder doch die demokratisch legitimierten Abgeordneten, Staatssekretäre, Minister, die einen Luftkrieg beschlossen, ohne dass die meisten von ihnen gewusst hätten, was «cruise missiles» oder «Kassetten-Bomben» sind? (...): Wer hätte sich auszumalen gewagt, dass deutsche Demokraten dazu beitragen, Menschenleben zu vernichten, ohne die Fakten und Daten wirklich zu kennen, und dafür noch Applaus bekommen von Journalisten, Philosophen, Dichtern, Juristen, Friedensforschern?»⁷

Friedliche Lösung gar nicht wirklich beabsichtigt

Dieter Lutz geißelt auch die Rambouillet-Konferenz vom Februar/März 1999, unmittelbar vor Beginn der Luftangriffe, für deren Scheitern die NATO die serbische Regierung verantwortlich gemacht hatte. Wie später bekannt wurde, hatte das Rambouillet-Abkommen in einem (geheimen) Zusatzparagraph die militärische Besetzung ganz Serbiens und Montenegros durch NATO-Einheiten vorgesehen. «Statt einer Verständigungslösung wurde ein Diktatfrieden durchzusetzen versucht, dem kein Belgrader Politiker, weder der Regierung noch der Opposition, zustimmte. Dem dilettantischen Krisenmanagement folgte – quasi zwangsläufig, wenn auch vermeidbar – der Bomben- und Raketenkrieg, der die humanitäre Katastrophe erst auslöste, die er verhindern sollte.»⁸ Lutz belegt auch, dass eine friedliche Lösung gar nicht wirklich beabsichtigt war: Selbst fünf Monate nach der Holbrooke-Milosevic-Übereinkunft vom Oktober 1998 befand sich weniger als die Hälfte der vereinbarten 2000 zivilen Beobachter der OSZE (Organisation für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) im Kosovo.

Wie Fischer und Scharping kungelten

Lutz zieht das Fazit: «Anders als es die westlichen Regierungen glauben machten, standen im Kosovo bis zum März 1999 (...) nicht nur skrupellose Täter wehrlosen Opfern gegenüber. (...) Je mehr geheime Dokumente an den Tag kommen (...), desto brüchiger wird die Version

der planvollen Vertreibungen, der ethnischen Säuberungen, der humanitären Katastrophe». Er meint, «gerade in Deutschland sei die gezielte Manipulation der Öffentlichkeit am erfolgreichsten gelungen, weil am meisten übertrieben und am stärksten getäuscht wurde»; jedenfalls hat es «Massaker von Rugovo», «Massaker von Raczak», «KZ von Pristina» oder «Hufeisenplan» – die angeblich den Krieg nötig machten – so gar nicht gegeben⁸.

Einer der deutschen Manipulatoren war der damalige Außenminister Rudolf Scharping, der vor allem mit dem angeblichen «Hufeisenplan» der serbischen Regierung hausierte, der ein «vollständiger Beweis» für ethnische Säuberungen sei. In seinem (gedruckten) «Tagebuch» hält er fest, dass er das Papier «aus Geheimdienstquellen» von seinem Kabinettskollegen «Joschka» erhalten habe. Der Politologe Ulrich Albrecht teilt mit, dass Dieter Lutz «einen hochrangigen Soldaten» auf diesen «Hufeisenplan» angesetzt habe und dabei sei etwas «sehr Merkwürdiges» herausgekommen. Im Deutschen Bundestag äußerte sich der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer «ausweichend» und «reichlich gewunden» zu diesem «Schlüsseldokument»: «Sie mögen den Plan nennen, wie Sie wollen, entscheidend ist doch die Frage, dass bereits im letzten Jahr alles angefangen hat. Lesen Sie doch die Biographien der heute nach Deutschland gekommenen Familien.» Albrecht kommentiert: «Das macht stutzig: Der Bundesaußenminister verweist nicht auf einen serbischen Plan, den er selber in die Politik gebracht hat, sondern sagt: «Lesen Sie doch Biographien!»⁹ Gregor Gysi meinte in derselben Bundestagsdebatte: «Darf ich Ihnen sagen, was an diesem Plan merkwürdig ist? Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat die Originalüberschrift des Plans vorgelesen. Diese Überschrift war im kroatischen Serbokroatisch, und nicht im serbischen Serbokroatisch verfasst.» Gysi implizierte damit, dass es sich bei dem «Hufeisenplan» um ein Falsifikat aus kroatischen Quellen von offenbar plumper Machart handelt.

Nicht ganz uninteressant ist wohl noch das folgende politische Detail zur deutschen Beteiligung am NATO-Militäreinsatz gegen Jugoslawien: Bei ihrem Antrittsbesuch in den USA mussten der designierte Kanzler Gerhard Schröder und der designierte Außenminister Joschka Fischer binnen einer Viertelstunde Clinton mitteilen, ob Deutschland mit von der Partie ist.⁹ Ob diese Erfahrungen mit ein Grund waren für die Weigerung, beim Irakkrieg mitzumachen?

Was tat Osama bin Laden in Bosnien?

Milosevic ist eines «natürlichen Todes» gestorben. Nun kann alles allmählich vergessen werden. Hätte man ihm

die beiden Arterienlöcher geflickt, wäre noch längere Zeit vieles immer wieder hochgekommen. Zum Beispiel auch, dass die wichtigsten Terrorverdächtigen des 11. September Bundesgenossen der NATO auf dem Balkan waren. Ganze Einheiten fanatischer Dschihad-Kämpfer wurden in den neunziger Jahren in Bosnien trainiert. Osama bin Ladens balkanische Freunde standen auf der Gehaltsliste der CIA.¹⁰

Auch Osama bin Laden selbst war in Bosnien, und zwar in einer der Kommandozentralen des blutigen Bürgerkrieges. «*Spiegel*-Balkan-Korrespondentin Renate Flottau traf den Terroristenchef 1993 in Sarajevo; er stellte sich artig vor und sprach vom bosnischen Befreiungskampf, an dem seine Leute auf der Seite der Muslime mitmachen wollten. Er besaß einen Pass des neuen Staates Bosnien-Herzegowina, ausgestellt von der Botschaft in Wien, und rühmte sich, internationale Kämpfer ins Krisengebiet zu schmuggeln», berichtete das Hamburger Nachrichtenmagazin (38/2001) mit fast acht Jahren Verspätung. Was der *Spiegel* nicht schrieb, aber die Belgrader *Politika* (4. und 5. Oktober 2001) nach einem Gespräch mit Flottau: Dieses Zusammentreffen mit bin Laden soll im Präsidentenpalast von Alija Izetbegovic stattgefunden haben. Der genoss bis zu seinem Tod (...) höchste Anerkennung in den NATO-Staaten im Allgemeinen sowie in den USA und Deutschland im Besonderen, war «unser Mann» auf dem Balkan im Kampf gegen die bösen Serben. Warum traf sich der Frontmann der NATO mit bin Laden?»

Wie die USA Bosnien mit iranischen Waffen versorgten

Die UNO versuchte, durch ein Waffenembargo den Brandherd Bosnien zum Erlöschen zu bringen, aber alle drei Bürgerkriegsparteien unterliefen die Blockade erfolgreich. «Für den Nachschub der Moslems sorgten in trauter Eintracht Osama bin Laden, das Teheraner Mullah-Regime und die Vereinigten Staaten.» Man erinnert sich an die Iran-Contra-Affäre, die dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und seinem Vize George Bush sen. ums Haar ein Amtsenthebungsverfahren eingebracht hätte: Die USA lieferten dem «Todfeind» Iran mit Hilfe von Israel Waffen. Mit dem Erlös finanzierten sie die Aufrüstung der antikommunistischen Contra-Guerilla, die in Nicaragua gegen die linksgerichtete Sandinistenregierung kämpfte, und umgingen so ein eindeutiges Verbot des US-Kongresses. Im Fall Bosnien machte das saudische Königshaus Druck auf die USA, die Moslems und Izetbegovic mit Waffen zu unterstützen. Mit einem komplizierten Deal (ein gewisser Richard Holbrooke spielte auch eine Rolle) und unter Aus-

tricksen der UNO wurden über Kroatien iranische Waffen und Munition an die Moslems geliefert; die Kroaten durften 30% davon als «Transitpauschale» einbehalten. Im Sommer 1994 trafen durchschnittlich pro Monat acht iranische Flugzeuge in Kroatien ein – offiziell herrschte zwischen den USA und Iran Eiszeit... Im Januar 1997 setzte im US-Kongress eine Mehrheit eine Resolution durch, in der es hieß, Clinton habe dazu beigetragen, Bosnien in «eine militante islamische Basis zu verwandeln». Und: «Die Feststellung, dass die Clinton-Regierung einen Irrtum begangen hat, indem sie den Iranern und anderen radikalen Elementen die Durchdringung Europas ermöglichte, wäre eine atemberaubende Untertreibung.»¹⁰

Der Scheinheilige

Apropos George W. Bush: Der US-Präsident wollte Kritiker mundtot machen. Deshalb gab er einen Geheimdienstbericht an Journalisten weiter und enttarnte damit die CIA-Agentin Valerie Plame (es stand im *Europäer*), wie er nun selbst eingestand. Deren Mann, Exbotschafter Joseph Wilson, hatte Bush der Lüge bezichtigt, weil der wider besseres Wissen behauptet hatte, Saddam Hussein habe im Niger Uran für Atomwaffen beschaffen wollen. Besonders delikat: Bush hat im September 2003 mit Entrüstung erklärt, es sickerten in Washington zu viele Geheiminformationen durch. Wenn es in seiner Regierung ein Leck gebe, so wolle er es kennen, damit er die Konsequenzen ziehen könne, wen auch immer das betreffe. Darum wird er jetzt von den oppositionellen Demokraten genüsslich als «Oberkommandierender der Lecks» betitelt, der nur in den Spiegel schauen müsse ...¹¹

Boris Bernstein

- 1 Reuters-Meldung vom 11.3.2006
- 2 www.faz.net 11.3.2006
- 3 de.rian.ru/society/20060315/44349080.html
- 4 *Die Welt*, 15.3.2006
- 5 *Die Welt*, 17.3.2006
- 6 DPA-Meldung vom 5.4.2006
- 7 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.12.2000
- 8 Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz und PD Dr. Reinhard Mutz: *Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages*, 24.3.2001
- 9 Ulrich Albrecht: *Die Rot-Grüne Koalition im Krieg und die neue NATO-Doktrin*, in: *Rot-Grün – noch ein Projekt?*, Offizin Verlag, Hannover 2001
- 10 Jürgen Elsässer: *Wie der Dschihad nach Europa kam. Gotteskrieger und Geheimdienste auf dem Balkan*, NP Buchverlag, St. Pölten, Wien, Linz 2005
- 11 *Die Welt*, 8.4.2006